



Hartmannbund-Hauptversammlung 2023

Beschluss Nr. 3

Zentrale Forderungen zur Sicherung der ambulanten Versorgung sofort umsetzen!

Der Hartmannbund fordert den Bundesgesundheitsminister auf, unverzüglich alle notwendigen administrativen und gesetzgeberischen Schritte einzuleiten, um die zur Sicherung der ambulanten Versorgung notwendigen zentralen – darunter auch die zuletzt von der KBV-Vertreterversammlung in einem 7-Punkte-Programm formulierten – Forderungen der Ärzteschaft umzusetzen! Folgende Voraussetzungen gilt es zu schaffen:

- Tragfähige Finanzierung – Retten Sie die Praxen aus den faktischen Minusrunden und sorgen Sie für eine tragfähige Finanzierung, die auch in der ambulanten Gesundheitsversorgung insbesondere Inflation und Kostensteigerungen unmittelbar berücksichtigt!
- Abschaffung des Budgets – Beenden Sie die Budgetierung, damit auch Praxen endlich für alle Leistungen bezahlt werden, die sie tagtäglich erbringen!
- Neue GOÄ – Kommen Sie Ihrer Pflicht nach, eine transparente und rechtssichere Abrechnung privatärztlicher Leistungen sicherzustellen, und setzen Sie die Ihnen vorliegende neugefasste GOÄ unverzüglich um!
- Ambulantisierung – Setzen Sie die angekündigte Ambulantisierung jetzt um – mit gleichen Spielregeln für Krankenhäuser und Praxen!
- Sinnvolle Digitalisierung – Lösen Sie mit der Digitalisierung bestehende Versorgungsprobleme. Sorgen Sie für nutzerfreundliche und funktionstüchtige Technik sowie die entsprechende Finanzierung, und belassen Sie die datengestützte Patientensteuerung in ärztlichen und psychotherapeutischen Händen!
- Mehr Weiterbildung in den Praxen – Stärken Sie die ärztliche und psychotherapeutische Weiterbildung! Diese muss – um medizinisch und technisch auf dem aktuellen Stand zu sein – schwerpunktmäßig ambulant stattfinden. Beziehen Sie auch hier die niedergelassene Vertragsärzte- und Psychotherapeutenchaft ein!
- Weniger Bürokratie – Schnüren Sie das angekündigte Bürokratieabbaupaket, damit wieder die Medizin im Vordergrund steht und nicht der „Papierkram“!
- Keine Regresse – Schaffen Sie die medizinisch unsinnigen Wirtschaftlichkeitsprüfungen ab! Die Arzneimittelregresse müssen weg!
- Fairer Umgang mit der Selbstverwaltung – Wir brauchen eine wertschätzende, respektvolle Gesprächskultur auf Augenhöhe! Beziehen Sie ärztliche und psychotherapeutische Selbstverwaltung in die Diskussion zentraler gesundheitspolitischer Themen mit ein, anstatt sie zu ignorieren, und lösen Sie gegebene Versprechen ein!

Begründung:

Die Sicherstellung der ambulanten medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung in Deutschland wird immer schwieriger: Fast 6.000 Arzt- und Psychotherapie-Sitze können nicht nachbesetzt werden. In den letzten fünf Jahren ging die Bereitschaft, in eigener Praxis tätig zu werden, um acht Prozent zurück. Qualifiziertes nicht-ärztliches Personal für die Arztpraxis zu gewinnen und zu binden, stellt die Praxisinhaber zunehmend vor Herausforderungen. Die Praxen stehen vor dem Kollaps! Der Bundesgesundheitsminister hat die von der Selbstverwaltung formulierten Forderungen der niedergelassenen Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen zunächst demonstrativ nicht zur Kenntnis genommen. Allein dies zeugt von Desinteresse, insbesondere mit Blick auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Selbstverwaltung. Nicht nur im Hinblick auf den bevorstehenden Praxen-Kollaps, sondern insbesondere auf die Sicherstellung der ambulanten Versorgung in den kommenden Jahren ist notwendig, die o.g. Forderungen umgehend umzusetzen! Anderenfalls ist der Sicherstellungsauftrag schon sehr bald nicht mehr zu erfüllen.

Berlin, 11. November 2023